

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

344

Wien, am 16. Dezember 1932.

3

Budgetbericht 1933.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 16. Dezember 1932.

Vorsitzender Weigl eröffnet um 5 Uhr die Sitzung. Es wird in die Spezialdebatte über die Verwaltungsgruppe III eingegangen.

Prof. Dr. Tandler führt aus; Schon die Tatsache, dass das Wohlfahrtsbudget trotz der Verminderung des heurigen Budgets um rund hundert Millionen nicht gekürzt wurde, spricht dafür, dass die Gemeindeverwaltung sich der Wichtigkeit und der Lebensnotwendigkeit dieser Ausgaben bewusst war. Es ist selbstverständlich, dass in die Gobarung und Aufwendung der Gelder innerhalb des Wohlfahrtswesens ganz besonders die Arbeitslosigkeit hineinspießt. Während in früherer Zeit die Zahl der Menschen, die unter dem Titel der Arbeitslosigkeit teils selbst, teils in ihrer Familie der Wohlfahrtspflege zur Last gefallen sind, verhältnismässig gering war, ist sie seit 1929 ungeheuer angewachsen. Wir haben in diesem Jahr nur 12.000 Pflegebeiträge an Kinder gezahlt. Diese Zahl war noch anfangs 1930 ziemlich stabil und ist bis zur Mitte des heurigen Jahre auf 36.000 hinaufgegangen. Dazu kommen 4.000 Kostkinder, die bei Pflegeeltern und 4.000 Kinder, die in den verschiedenen Anstalten untergebracht sind. Die ungeheure Belastung drückt sich auch in den geldlichen Aufwendungen aus. Im September wurden für Kinder von Arbeitslo 493.117 Schilling aufgewendet, an Pflegegelder 143.000 Schilling, also rund 636.000 Schilling im Monat. Das gilt auch für die übrigen Monate. Ein grosser Teil unserer Zeit und Arbeit in der Fürsorge geht darauf verloren, Menschen von ihr fern zu halten, die nicht hineingehören. Oesterreich ist in der traurigen Lage, wenig Fürsorgegesetze zu besitzen, vor allem Fürsorgegesetze für die Jugend. Erschwerend ist auch der Umstand, dass das Verwaltungsverfahrensgesetz ein kompliziertes Rekursverfahren ermöglicht. Eine weitere Belastung bedeutet die grosse Zahl der Repatriierten, jene Menge von unglücklichen Menschen, die ausserhalb Oesterreichs Arbeitsgelegenheit gefunden haben und nun in der rücksichtslosesten Weise vielfach über Nacht in ihre Heimat zurückgebracht werden. Das Budget für die Jugendfürsorge ist heuer um 1,700.000 S höher veranschlagt. Wenn wir es nicht so hoch einsetzen, als es vielleicht im Laufe der Zeit sich als notwendig erweisen wird, so deshalb, weil wir der Ueberzeugung sind, dass Zuschusskredite erforderlichen Falles werden bewilligt werden. Die Zahl der Pfründner und Rentenbezieher nimmt immer mehr zu. Auch hier ist ein kompliziertes Verfahren notwendig. Die Klagen über die lange Dauer der Erledigung der Gesuche sind ohne Zweifel in vieler Beziehung berechtigt und wir bemühen uns deshalb, das Verfahren nach Möglichkeit abzukürzen. Bei der sicher vorhandenen Not ist es heute schwierig, sich jener zu erwehren, die unberechtigter Weise sich in die Fürsorge hineindrängen. Man liest häufig, von verschiedenen Skandalen bei den Fürsorge- und Jugendämtern, wobei häufig gegen einzelne Funktionäre Anwürfe erhoben werden. Das Resultat der Erhebungen hat ergeben, dass die Mehrheit dieser Skandale von effektiven und bekannten Raufbolden hervorgerufen wurden. Vielfach werden die Dinge auch ganz falsch dargestellt. In der letzten Zeit hat eine Frau mit 3 Kindern Selbstmord begangen. Ich habe diesen Fall genau untersuchen lassen. Die Frau hatte einen Lohn von 115 Schilling monatlich, zwei Freiplätze im Hort, hatte eine freie Ausspeisung und ein Kind im Kindergarten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

Es konnte also nicht Not sein, die die Frau zu dieser furchtbaren Tat veranlasst hat.

Im heurigen Budget ist natürlich wieder 1,000.000 für die Ausgesteuerten und für die mit vielen Kindern versehenen Arbeitslosen aufgenommen, ebenso wie 1,000.000 für die Winterhilfe.

Ueber die Bevölkerungsbewegung ist Folgendes zu sagen: Im Jahre 1931 wurden in Wien 16.570 Menschen geboren, es entfielen also auf 1000 Einwohner 9 Geburten. Im Jahre 1900 wurden 52.364 Menschen geboren, auf 1000 Einwohner entfielen also 31.6 Geburten. In den ersten neun Monaten des laufenden Jahres wurden 11,966 Menschen geboren. Den 16.570 Lebendgeburten im Jahre 1931 stehen 25.937 Todesfälle gegenüber, sodass sich ein minus von 9.367 ergibt. Im heurigen Jahre dürfte das Verhältnis ähnlich sein. Erfreulich ist, dass die Kindersterblichkeit trotz der grossen Not abnimmt. Wir hatten vor dem Kriege eine Säuglingssterblichkeit von beinahe 17 %, 1922 von 12.4 % und 1931 von 7 %. Auch in den ersten neun Monaten des heurigen Jahres ist dieser Prozentsatz nur um ein Minimum überschritten. Von Interesse sind auch die Gründe der Todesfälle. Im Jahre 1900 betrug die Zahl der Lebendgeburten in Wien 52.000, die Zahl der Verstorbenen 34.000. An Krebs starben damals 2.251 Menschen, das sind 6.56 Prozent, an der Tuberkulose 7.776, das sind 22.87 Prozent, an Gefässerkrankungen 2.784, das sind 8.12 Prozent. 1931 starben 25.937 Menschen. An Krebs 15.15 Prozent, an Tuberkulose 12.1 Prozent, an Gefässerkrankungen 21.6 Prozent. Wir sehen also eine kontinuierliche Abnahme der Tuberkulosesterblichkeit und eine ununterbrochene Zunahme des Krebses und der Erkrankungen des Gefässsystems und des Herzes. Der Rückgang der Tuberkulose, der natürlich nicht ein Wiener Spezifikum ist, ist vor allem zurückzuführen auf die Sozialversicherung und auf alle Massnahmen der Prophylaxe wie sie in allen Kulturstaaten durchgeführt werden. Bei der Zunahme der Krebserkrankungen stehen wir vor einem Rätsel und auch den Erkrankungen des Gefässsystems stehen wir machtlos gegenüber.

Um die furchtbare Wirkung des Alkoholes zu illustrieren, möchte ich über die Untersuchung von rund 5000 Kindern 1500 Alkoholikerfamilien berichten. Nimmt man die Gesamtzahl der Kinder ohne Rücksicht auf das Alter, so waren 54 Prozent entweder schwachsinnig oder schwer psychopathisch. Nimmt man nur die Kinder von 6 bis 14 Jahren, so kommt ^{man} auf einen Satz von 93 Prozent. Von den Frauen waren 70 Prozent Alkoholikerinnen, 61 Prozent geschlechtskrank, 23 Prozent nerven- und geisteskrank, 63 Prozent waren der gewerbmässigen Prostitution ergeben, 47 Prozent waren kriminell. Von den Grosseltern waren nahezu 90 Prozent in Versorgungs- oder in Irrenhäusern untergebracht.

„Was die Infektionskrankheiten betrifft, so muss festgestellt werden, dass die Scharlachepidemie von heuer sich durch nichts von der vorjährigen unterscheidet. Sie ist leicht in den einzelnen Fällen und die Sterblichkeit ist minimal. Ähnlich verhält es sich mit der Diphtherie dies muss aus dem Grunde betont werden, weil diese Dinge da und dort aufgegriffen und mit Balkenlettern in den Zeitungen wiedergegeben werden, was unserem Ansehen in der Welt nicht nützt und umso trauriger ist, als diese Angaben unwahr sind.“

Bei der Bekämpfung der Tuberkulose haben wir seit Jahren das Schwergewicht in die Tuberkulosefürsorgestellen verlegt. Wir beobachten ein Zurückgehen der Zahl der wirklich Infizierten und ein Steigen der Zahl der Geängstigten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt.

Wien, am

Wir haben allerdings der Not gehorchend eine Reihe von Tuberkuloseanstalten gesperrt. Im Jahre 1929 hatten wir 2.414 Tuberkulosebetten, gegenwärtig haben wir 1.750, also ein Rückgang von 650 Betten, der sich vor allem auf jene bezieht, die den Gefährdeten, vor allem Frauen und Kindern, gedient haben. Wir mussten wir eine Zahl von Betten deshalb aufgeben, weil die betreffenden Baracken ihr Lebensende erreicht haben. Gegenüber dem Voranschlag ist indoferne eine Aenderung eingetreten, als wir auch San Plagio das ganze nächste Jahr mit 60 Betten belegt werden. Es erübrigt mir nur noch, allen jenen mehr als 6000 Menschen, die als meine Mitarbeiter das ganze Jahr ihre Pflicht getan haben, von dieser Stelle bestens zu danken. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

GR. Dr. Arnold (christl. soz.) bemerkt, das Wohlhabensbudget zeige sowohl ein Zuviel als auch ein Zuwenig. Das Zuviel kommt vor allem zum Ausdruck in den teuren Fürsorgeanstalten, deren Rentabilität zu den hohen Betriebskosten in keinem Verhältnis steht. STR. Tandler hat selbst zugegeben, dass 30 Mutterberatungsstellen für Wien zu viel sind. Wenn sie gesperrt werden, können 300.000 Schilling an Verwaltungskosten erspart werden. Die Ausgaben für Kindergärten und Horte sind mit 5,578.000 veranschlagt. Davon entfallen nahezu 4,000.000 auf den Personalaufwand. Zu bemängeln ist, die Undurchsichtigkeit und Knappheit der diesbezüglichen Angaben, die dem Gemeinderat die Kontrolle erschwert. Man muss deshalb den Rechnungsabschluss über das Jahr 1931 und die statistischen Mitteilungen der Gemeinde Wien zu Hilfe nehmen. Nach dem Rechnungsabschluss für 1931 betragen die Ausgaben für die Kindergärten allein 5,108.000.--, davon für den Personalaufwand 3,700.000 Schilling, für die Frühstücks - und Mittagsspeisung 920.000.-- Schilling.

Es kommt also ein Kind auf etwa 2 $\frac{1}{2}$ Schilling im Tag mit Ausspeisung und auf nahezu 2 Schilling im Tag ohne Ausspeisung, während in den katholischen Anstalten und Internaten ein Kind mit voller Verköstigung auf 1.5 Schilling im Tage kommt.

Der Gesamtaufwand für die ⁱⁿ Horte ^{betragt} ⁱⁿ 873.677 Schilling, davon für Mittags und Jausenausspeisung 209.000, für das Personal nahezu 500.000 Schilling. Der Verein " Frohe Kindheit ", Landesorganisation Wien und Niederösterreich hat im Jahre 1931 auch 800.000 Schilling ausgeben müssen, davon aber bei 14000 Kindern nur 365.000 Schilling für Personalaufwand. Bei uns kommt ein Kind im Jahr auf 26 Schilling, Sie zahlen für ein Kind, das nicht ausgespeist wird, 270 Schilling. (Hört-Hört-Rufe bei den Chr. soz.) Zu der Ausspeisung in den Kindergärten wäre noch zu bemerken, dass sich Ihre eigene Organisation der Kindergärtnerinnen im Wege einer Deputation bei STR. Tandler ^{u. b. n.} die Kost in den Kindergärten beschwert hat.

Zu dem Zuviel an Auslagen für die Fürsorge gehören ^{auch} die luxuriöse Ausstattung und die hohen Erhaltungskosten der Kindergärten. Für die Errichtung von Kindergärten wurde von 1926 bis 1930 ein Betrag von 9,364.961 Schilling verausgabt, wobei die durchschnittliche Besucherzahl der Kindergärten vom Jahre 1920 bis zum Beginn des heurigen Jahres von 5548 auf 6654, also nur im 1100 Kinder gestiegen ist. Solche Ausgaben sind in einer Zeit so grosser wirtschaftlicher Not nicht zu verantworten.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am

Die luxuriöse Ausstattung ist auch aus pädagogischen Gründen zu verurteilen, denn der Unterschied zwischen ihr und der Ausstattung einer Elendwohnung muss sich erzieherisch schlecht auswirken. Für 27 Horte wurden von 1926 bis 1931 61,673.000 Schilling ausgegeben. Die Zahl der Horte, die in der Verwaltung der Gemeinde stehen, hat sich bloß um 11 vermehrt, die anderen sind als Horte für die Kinderfreunde erbaut worden.

Der Gemeinderat hat im Jahre 1923 den Beschluss gefasst, das geistliche Personal in den verschiedenen Fürsorgeanstalten zu kündigen. Dafür hat man in der Dörfelstrasse eine neue Kindergärtnerinnenschule errichtet, ohne dass dies durch einen Gemeinderatsbeschluss gedeckt wäre, obwohl mit den bereits bestehenden Schulen das Auslangen gefunden werden kann. Kindergärtnerinnen die aus dieser Schule hervorgegangen sind und bei der Gemeinde angestellt wurden, sind nur solche, die entweder schon am Beginn der Studien oder vor der Reifeprüfung aus der Kirche ausgetreten sind. Im Fürsorgewesen gibt es ein reichliches Zuviel an Ausgaben. Das gilt insbesondere auch für die geschlossenen Anstalten. Im Zentralkinderheim, in der Kinderübernahmestelle und am Wilhelminenberg wird eine tägliche Erhaltungssumme von 8'40 Schilling errechnet. Wie lässt sich ein solcher täglicher Erhaltungsaufwand für ein Kind rechtfertigen, wenn man ^{Witwen} mit einem ^{bei der Gemeinde} Monatseinkommen von 75 Schilling/abweist. Wieviele Familien wären glücklich ein so hohes Einkommen für die ganze Familie zur Verfügung zu haben. Der Redner stellt den Antrag, dass die städtischen Erziehungsanstalten, soweit die Kinder in Anstalten der privaten Fürsorge untergebracht werden können, abzubauen und in diese Anstalten unterzubringen sind. Auf anderen Gebieten wird wieder zu wenig ausgegeben. Dies gilt insbesondere von der Tuberkulosenfürsorge. Auch für die Förderung von Sport und Körperkultur sind heuer nur 87.000 S ausgeworfen, gegenüber 167.000 S im Jahre 1931, der Beitrag des Landes Wien zur Notstandilfe der Arbeitslosen und zu den Kosten der Arbeitslosenfürsorge, der 1931 Ausgaben von 15 Millionen, im Jahre 1932 solche von 16 Millionen erforderte, erscheint diesmal nur mit einer Ziffer von 13 Millionen. Der Beitrag der Gemeinde zum Kleinrentnerfonds hat sich um mehr als 50 Prozent verringert. An Erhaltungsbeträgen für Erwachsene sind in dieser Zeit der Not um eine halbe Million ^{Arbeitslos} eingespart. Auch der Lebensmittelaufwand für die Pfründner in den Versorgungshäusern ist um fast 300.000 S geringer geworden. Der Lebensmittelaufwand in den Obdachhäusern wurde um 10 Prozent, der in den Krankenanstalten um 30 Prozent gekürzt. Während die offizielle Presse der Sozialdemokraten in einem fort den Minister für soziale Verwaltung beschimpft, der in wirklich aufopfernder Weise und mit einem wahrhaft religiösen Gewissen sich bemüht, die Arbeitslosenfürsorge aufrechtzuerhalten, sind die Maßnahmen die die Gemeinde für die Arbeitslosen trifft, weit härter als die Richtlinien des Ministers Resch. Nur zwei Beispiele: Da sind im XVI. Bezirk der Mann und die Frau ausgesteuert und die Leute beziehen für 3 Kinder einen Beitrag von 81 S. Dieser Erziehungsbeitrag wurde gestrichen und jetzt erhält die Familie nur 30 S im Monat und 3 Lebensmittelpakete. Und dann der Unglücksfall in Simmering! Nach der Darstellung des "Abend" hat die Mitteilung an die Frau, dass der Erziehungsbeitrag für ihre Kinder eingestellt werde, den letzten Anstoß zu dem Unglück gegeben. Trotz der Unzulänglichkeit und der Fehler, die in der Fürsorge gemacht werden, greifen wir Sie nicht in so ordinärer Weise an, wie Sie es gegenüber unserem Minister tun. Wenn Sie hier im Gemeinderat manchmal sehr ordinäre Worte zu hören bekommen, erforschen Sie Ihr Gewissen, ob Sie in der Beziehung nicht die Lehmeister gewesen sind. (Lebh. Beifall b.d. Chr. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am

GR. Prinke (chr.) stellt fest, dass die Ausführungen des Stadtrates Tandler im Bezug auf das Wohlfahrtswesen der Gemeinde nicht so rosig waren wie die Ausführungen des Finanzreferenten. STR. Tandler musste zugeben, dass die Ausgaben der Gemeinde für das Wohlfahrtswesen der Grösse der heutigen Not nicht mehr entsprechen. Insbesondere für die Jugend und die Arbeitslosen wird viel zu wenig vorgesorgt. Von den 3 1/3 Millionen die für Geld- und Sachausgaben vorgesehen sind, ^{fällt} die Summe von 1 Million für besonders bedürftige Arbeitslose ab. Ende November gab es in Wien 173.000 Arbeitslose, von denen nur 120.000 in Unterstützung standen. 53.000 waren also ohne jede Unterstützung. Rechnet man die weiteren 50.000 Menschen dazu, die zugrundegegangen sind, die aber von den Arbeitsämtern nicht erfasst werden, so ergibt sich, dass rund 100.000 Menschen in Wien ohne Einkommen sind. Die 1 Million, die für diese Menschen aufgewendet wird, ist viel zu gering. Auch die unterstützten Arbeitslosen können, insbesondere wenn die eine grössere Familie haben, ^{Witz} der Unterstützung nicht leben. Unter diesen Verhältnissen müsste man alles tun, um zu verhindern, dass es infolge dieser Not zu Verzweiflungsausbrüchen kommt. Für die Arbeitslosen müsste ein Vielfaches dessen getan werden, was heute für sie geschieht. Wenn auf allen Gebieten gespart werden muss, auf diesem Gebiet darf nicht gespart werden. Und wieviel könnte man auf anderen Gebieten ersparen. Da gibt man für besonders bedürftige Arbeitslose 1 Million aus und für die ganz nutzlose Institution der Gemeindegewache ebenfalls 1 Million. Oder für die Hinterbliebenen der Juliopfer sind 38.000 S in den Voranschlag eingesetzt. Das ist eine krasse Ungerechtigkeit gegenüber den Arbeitslosen. Wenn diese Hinterbliebenen in Not sind, mögen sie dieselbe Unterstützung bekommen wie die anderen, aber nicht mehr. Der Redner führt sodann Klage darüber, dass sich im Fürsorgewesen der Bürokratismus sehr breit mache. Dass der Apparat so schwerfällig wird, erklärt sich daraus, dass man den Fürsorgeräten ihr ursprüngliches Recht genommen hat, dass die Fürsorgeräte zum grossen Teil Arbeit heute schon ohne Lust leisten, da sie nicht nach ihren Erhebungen und ihrer eigenen Meinung entscheiden können, sondern da die Unterstützungen nach den Erlässen, die von oben kommen, festgesetzt werden. Der Bund, gegen den Sie sich namentlich in den Fragen der Arbeitslosenfürsorge mit Unrecht so sehr wenden, bietet wirklich alle Kräfte auf, um in der Arbeitslosenfürsorge zu leisten, was möglich ist. Mehr zu leisten erscheint schon unmöglich. Da entsteht auch für die Länder und Gemeinden die Pflicht, dem Bunde nachzueifern. Die Gemeinde Wien ist ihren Verpflichtungen in diesem Punkt nicht vollkommen nachgekommen. Wir billigen dem STR. Tandler zu, dass er sich bemüht, beim Finanzreferenten für sein Ressort Verständnis zu finden. Aber die sozialdemokratische Partei kann sich von parteipolitischen Erwägungen nicht freimachen, und deshalb wird der Verwalter der Gruppe III gegenüber dem Finanzreferenten immer unterliegen müssen. Schliesslich verweist der Redner auf die Klage der Simmeringer Gärtner, dass das für ihre Gartenbetriebe benötigte Wasser versecucht ist. Er fragt den amtsführenden Stadtrat, welches Resultat die vom Gesundheitsamt vorgenommenen Untersuchungen gehabt haben und welche Massnahmen er treffen wolle, um diesen Uebelstand aus der Welt zu schaffen (Lebh. Beifall b. d. chr.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

GR. Weikert (nat. soz.) bemerkt, dass die Rede des Finanzreferenten Dr. Danneberg eine Verlegenheitsrede war, die die ganze Unfähigkeit der Verwaltung aufgezeigt hat. Wie sich im ganzen Budget schwere Mängel ergeben, so finden sich insbesondere bei der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen Mängel schwerster Art. Die beste Fürsorge ist die Arbeitsbeschaffung für jeden Menschen; schaffen Sie den Menschen Arbeit und Verdienst, dann braucht sich die Gemeinde nicht den Kopf zerbrechen, wie sie das Heer der Arbeitslosen über den Winter hinwegbringt. Es ist eine unerhörte Heuchelei, dass die Sozialdemokraten in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Gebietskörperschaften, in denen sie nicht die Mehrheit haben, Forderungen aufstellen, die sie als verwaltende Mehrheit in Wien selbst nicht erfüllen. Wir haben schon am 24. November 1931 beantragt, dass alle gewählten Mandatäre 10 Prozent ihrer Bezüge für die hungernden Arbeitslosen abgeben sollen; die Satten aber haben unseren Antrag abgelehnt. Die Erregung des Volkes ist eine sehr grosse und sie könnte sich einmal gegen die wenden, die dieses namenlose Elend mitverschuldet haben. Der Redner bespricht dann einzelne Kapitel des Voranschlages der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und kritisiert, dass die Gemeinde Wien mit dem Besitzer einer Herberge einen Vertrag abgeschlossen hat, wonach die Gemeinde in dieser Fremdenherberge täglich 30 Betten zum Preise von je 50 Groschen gemietet hat. Der Besitzer der Fremdenherberge ist ein Herr Anton Sommer, selbstständig ein hundertprozentiger Genosse. Der Mann war zuerst Pächter eines Hotels in Edlach, dann Pächter eines Kaffeehauses im 14. Bezirk, später dann Pächter des Kaffeehauses im Arbeiterheim Favoriten. Dieses Kaffeehaus hat er weiterverpachtet und es ist jetzt ein Prozess im Zuge. Es ist für die Gemeinde unwürdig, mit so einem Dunkelmann einen Vertrag abzuschliessen. Obdachlosenheim herrschen die fürchterlichsten Zustände. Die Obdachlosen müssen auf Drahtmatratzen schlafen und es ist ihnen verboten, Packpapier aufzulegen. Tuberkulose müssen mit Gesunden zusammenschlafen und die Kost, die diesen armen Teufeln gegeben wird, ist derart, dass die Bezeichnung Hundefrass noch viel zu gut ist. Die Leute müssen im Obdachlosenheim haus wie nicht einmal Zigeuner leben. Für die Ausgabe von Säuglingswäsche sind 440.000 Schilling veranschlagt. Wir haben immer wieder betont, dass es nicht angeht, dass aus Gemeindemitteln Reiche unterstützt werden, während Tausende hungern. Wir bestehen darauf, dass da einmal nach Recht und Vernunft vorgegangen wird und beantragen, dass die kostenlose Ausgabe von Säuglingswäsche nur mehr an jene Gemeindeangehörige zu erfolgen hat, deren Monatseinkommen 600 Schilling nicht übersteigt. Der dadurch eingesparte Betrag soll bei der Mehrbeteiligung mit Säuglingswäsche bei jenen Gemeindeangehörigen Verwendung finden, deren Monatseinkommen 200 Schilling nicht übersteigt. Bezüglich der Notstandsaushilfen stellt der Redner den Antrag, den im Voranschlag vorgesehenen Beitrag des Landes Wien zu den Notstandsaushilfen für Arbeitslose und zu den Kosten der Altersfürsorge um 2 Millionen Schilling zu erhöhen. Durch die Hauspersonalsteuer, die die soz. dem. Gemeinde eingeführt hat, wird nur die Prostitution gezüchtet und die Gemeinde erzielt aus der Fremdenzimmerabgabe der Stundenhotels daraus dann Vorteile. Wir müssen entschieden die Aufhebung dieser Steuer verlangen. Der Redner verlangt dann die Streichung der Post " Unterstützung der Hinterbliebenen der Julioffer " und beantragt weiters, die Tarife des städt. Friedhofsbetriebes für minderbemittelte Gemeindeangehörige soweit herabzusetzen, dass kein Gebärungsüberschuss mehr verbleibt.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am

Der Redner befasst sich hierauf mit den Richtlinien an die Fürsorgeinstitute und Fürsorgeräte und stellt den Antrag: Die derzeit im Gang befindliche Ueberprüfung der Pflegebeiträge und Erhaltungsbeiträge wird mit sofortiger Wirksamkeit eingestellt und die im Zuge dieser Aktion bisher erfolgte Entziehung und Herabsetzung von Pflegebeiträgen und Unterstützungen wird ausser Kraft gesetzt.

Immer mehr häufen sich auch die Klagen der Pfründner, dass ihre Erhaltungsbeiträge gekürzt werden. Daher stellt er den Antrag: Das Ausmass der Pfründen wird mit mindestens 50 Schilling monatlich festgesetzt, kann jedoch nach Bedürftigkeit bis 100 Schilling erhöht werden. Anträge auf Erhöhung von Pfründen, ferner Einschreiten um Bewilligung von Pfründen sowie Rekurse in Fürsorgeangelegenheiten sind beschleunigt zu behandeln.

Der Redner stellt ferner den Antrag: Den Gemeindeangehörigen wird, soweit sie im Bezuge einer Hausgehilfen-, Klein-, Alters- oder Unfallsrente oder Gnadenpension aus Gemeindemitteln stehen, ein Zuschuss zur Rente (Gnadenpension) gewährt, der sie auf den Betrag von 80 Schilling ergänzt. Schliesslich befasst er sich mit der Winterhilfe. Er fordert, dass jedes Ansuchen überprüft und jeder Würdige^{ohne} Ausnahme beteiligt werde. Die Wiener Bevölkerung hat die Spenden für die Winterhilfe nicht gegeben, dass nur rechte Parteigenossen etwas bekommen sondern es soll jeder Bedürftige ohne Unterschied der Partei beteiligt werden. Die Partei des Redners sei nicht gewillt, die Verantwortung für die Experimente und Fehler der Mehrheit zu übernehmen, und werde deshalb gegen den Voranschlag stimmen. (Beifall bei den Parteigenossen).

Vorsitz. Weigl macht darauf aufmerksam, dass nach der Geschäftsordnung das Verlesen von Reden nicht gestattet ist. (GR. Weikert: Auch Redner anderer Parteien haben das getan!) Wenn ich es bemerkt hätte, hätte ich es nicht geduldet. (Zwischenrufe bei den Nat. soz.)

GR. Dr. Zörnlaib (chr. soz.) bemerkt, STR. Dr. Tandler, STR. Dr. Dannenberg und die ganze Rathausmajorität seien sehr stolz darauf, dass rund 91 Millionen Schilling im Jahre 1933 für das kommunale Wohlfahrtswesen aufgewendet werden sollen. An sich ist die Ziffer sicher nicht gering, sie mag vielleicht sogar über die Steuerkraft der Wiener Bevölkerung hinausgehen, sie ist aber im Verhältnis zur Grösse der Not und Arbeitslosigkeit nicht überwältigend. Die Not und das Elend des Einzelnen werden kaum fühlbar gemildert werden. Die Gemeinde Wien mahnt mit ihren Wohlfahrtsaktionen an jenen Mann, der einem anderen zuerst die Kleider gestohlen hat und dann stolz war, dass er dem Bestohlenen gestattet hat, sich nackt beim geheizten Ofen ein bisschen zu erwärmen. (Heiterkeit und Zustimmung bei den Chr. soz.) Die soz. dem. Mehrheit hat durch ihre finanzpolitische Verirrung einen grossen Teil der Bevölkerung der Stadt Wien nicht nur den Gewinn, sondern auch noch die Vermögenssubstanz weggesteert; die Bevölkerung sagt weggestohlen. Da es ihr nicht mehr möglich ist, aus der Erwerbswirtschaft nennenswerte Beträge herauszupressen, musste sie notgedrungen die präliminierten Einnahmen für das Jahr 1933 um 100 Millionen herabmindern. Fest steht, dass ihr von der weitblickenden christlich-sozialen Gemeindeverwaltung ein Vermögen von 4 Milliarden Schilling hinterlassen worden ist. Der Notstand, indem sich diese Stadt gegenwärtig befindet, rechtfertigt ein Angreifen der Substanz des Gemeindevermögens wenigstens in der Form, dass es die Unterlage für eine Anleihe bietet.

RATHAUSKORRESPONDENZ

VIII. Blatt

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

STR. Dr. Danneberg hat erklärt, dass die Aufnahme einer Anleihe nicht für alle Zeiten ausgeschlossen ist, nur müsse der Zeitpunkt streng geprüft werden. Wollen Sie damit so lange warten, bis die Massen verhungert sind? Das Elend ist unerträglich geworden und der Zeitpunkt für die Aufnahme einer Anleihe zur Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten ist bereits gegeben. Daher stellt der Redner den Antrag: Der Gemeinderat wolle in Anbetracht der bedrohlich steigenden Arbeitslosigkeit in Wien beschliessen: Zu Beistellung der erforderlichen Mittel für die Durchführung der Notstandsarbeiten wird eine Anleihe von 250 Millionen aufgenommen. Die Verhandlungen sind sofort einzuleiten und über deren Ergebnis ist dem Gemeinderat spätestens bis Ende Feber 1933 Bericht zu erstatten.

Man komme nicht mit gelehrten finanzpolitischen und sozialistischen Einwendungen. Angesichts der Not muss jede Gelehrsamkeit aufhören. Man komme auch nicht mit der Kompetenzfrage. Es geht nicht an, einer solchen Katastrophe gegenüber, wie wir sie jetzt durchleben, sich auch das formale Argument zu stützen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit falle in die Kompetenz des Bundes.

Man kann Fürsorgemassnahmen nicht unabhängig von der gesamten Wirtschaftssituation durchführen. Wichtiger als die Schaffung von Lehrlingsheimen ist die Beschaffung von Lehr- und Arbeitsplätzen, wichtiger als die Errichtung von Mutterbratungsstellen ist die Beantwortung der sehr drängenden Frage, wovon diese Mütter die Kinder ernähren sollen. Statt der Ausspeiseaktion für die Kinder wäre die wichtige Frage zu lösen, wie man den Eltern die entsprechenden Mittel verschafft, dass sie selber für ihre Kinder sorgen. Statt der Berufsberatung wären Berufsstätten zu schaffen. Die Arbeitslosigkeit ist das Karzinom der Wirtschaft und gegen eine solche Krankheit gibt es nur eine Radikalkur. Arbeitsgelegenheit und immer wieder Arbeitsgelegenheit muss geschaffen werden. Da muss auch ein bisschen vom Gemeindevermögen herhalten, wenn es mit den Gemeindesteuern und Gemeindeabgaben nicht mehr geht. Auch die Deckung des Annuitätendienstes wäre nicht so gefährlich. Haben wir eine solche Anleihe, so werden sich automatisch die Ausgaben in der Gruppe III senken und man wird sich entschliessen müssen, die parteipolitischen Ausgaben aus dem Budget zu streichen. Den Worten des Dr. Danneberg von vorgestern stellen wir folgende Worte gegenüber: In der Gemeinde soll nicht der Gummiknüttl der Gemeindegewache, nicht die Polizei der Gemeinde für die Aufrechterhaltung der Ordnung in den kommunalen Amtsräumen sorgen, in dieser reichen Gemeinde sollen endlich von der Mehrheit die sozialen Pflichten erfüllt werden. Sie können das, wenn Sie die von uns beantragte Notstandsanleihe akzeptieren. Solange Sie das nicht tun, ist die Erfüllung der sozialen Pflicht bei Ihnen nichts als eine demagogische Phrase. (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Hörmayer (chr.) bezeichnet es als ausserordentlich bedauerlich, dass in dieser Zeit der steigenden Not mit den Erhaltungsbeiträgen noch hinuntergegangen wird. Wenn von den Erhaltungsbeiträgen des Einzelnen 30 Prozent abgestrichen werden, ist es kein Wunder, dass es zu solchen Szenen in den Fürsorgeinstituten kommt. Dabei geht man bei der Bemessung der Unterstützungen ganz parteipolitisch vor. Bei Leuten, die der sozialdemokratischen Partei nicht angehören, wird lustig darauf losgestrichen, bei den Sozialdemokraten wird ein Auge zugedrückt. So oft ein Institut neu eröffnet wird, wird ein grosses ^{Wunder} gemacht, wenn aber ein Institut einge-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am

stellt wird, wie dies bei den Jugendhorten, Kindergärten und in der Krüppelfürsorge der Fall war, erfährt man davon überhaupt nichts oder erst lange Zeit nachher. Wir haben heute zum Beispiel 106 Kindergärten, von denen ein grosser Teil nicht vollbelegt ist. Trotzdem errichtet man noch eine Schulzahnklinik und noch eine Mutterberatungsstelle. Angesichts dieser schweren Zeit wäre es viel besser, die dafür aufgewandeten Beträge für die Winterhilfe oder die Arbeitslosenfürsorge zu verwenden. Der Redner stellt schliesslich den Antrag, dass alle 70 Jahre oder darüber alten erwerbsunfähigen und hilfsbedürftigen Befürdorgten ~~der~~ Unterhaltsbeitrag von 56 S monatlich anzuseisen ist. Er richtet an den Stadtrat die Frage, wie viel Personen heute in Wien noch die Höchstpfründe beziehen (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

GR. Dr. Riehl (na.) spricht seine Verwunderung darüber aus, dass der Referent, der ein Mediziner ist, also einem der idealsten Berufe angehört, über das zunehmende Querulantentum in so harten Worten gesprochen hat. Das Querulantentum, das sicher in erschreckendem Mass zunimmt, ist eine Folge der ausserordentlichen Notlage und darüber sollte man nicht mit so harter Miene den Stab brechen. Der Redner bringt sodann folgenden Fall zur Kenntnis des Stadtrates: Ein Strassenbahner wurde jetzt zum zweitenmal wegen alkoholischer Exzesse bestraft und sofort aus dem Dienst entlassen. Ueber den Mann und darüber, ob ihm Recht geschehen ist oder nicht, soll nicht gesprochen werden. Der Mann hat aber 5 Kinder und eine Frau zu erhalten. Nun hat er beim zuständigen Fürsorgeamt vorgesprochen, dort erklärte man ihm, man müsse die Sache erst überprüfen, es sei die Arbeitslosenbestätigung noch nicht eingelangt. Der Mann sei mit eingefallenen Wangen zum Redner gekommen und habe erklärt, er wisse nicht, was er tun solle, seine Kinder hätten schon 3 Tage nichts gegessen. In solchen Fällen müsste der Fürsorgeapparat sofort eingreifen und man dürfte nicht erst abwarten, bis wieder ein grässliches Unglück geschieht. Der Redner befasst sich sodann im einzelnen mit dem Voranschlag der Gruppe III und nennt es ein Zeichen schlechter Verwaltung, dass die Personalauslagen dieser Gruppe ein volles Drittel der Gesamtausgaben erreichen. Uns Nationalsozialisten und ^{der} grossen Masse der arischen Bevölkerung ist es besonders unsympathisch, dass dieser grosse Personalaufwand zum grossen Teil jüdischen Angestellten zugute kommt. Wir betrachten das als einen ganz unerträglichen Zustand, weil wir die Behandlung von Ariern durch Nichtarier als das allerärmste, als eine Knechtschaft unseres Volkes empfinden. Bezüglich des Sachaufwandes muss es sehr auffallen, dass die Gesamtausgaben für Lebensmittel gegenüber 1931 um 17 Prozent, also um eine ausserordentlich hohe Ziffer verringert worden sind. Im Obdachlosenheim wurde zum Beispiel trotz einer Belagvermehrung um 20 Prozent nicht weniger als 8 Prozent Lebensmittel erspart, in den Jugendfürsorgeanstalten um 31 1/4 Prozent, in den Krankenanstalten um 27 Prozent, in den Heil- und Pflegeanstalten um 15 Prozent. Merkwürdig ist auch folgendes: Die Verwaltungsgruppe III lässt durch das städt. Wirtschaftsamt zu Engpreisen einkaufen. Dabei kommt die sozialdemokratische Partei nicht schlecht weg. Selbstverständlich werden die Schuhe und Textilien, die Holz und Kohle bei der Wihoko gekauft. Die Schülerausspeisungen werden durch die Wök, wieder einem unter jüdischer Direktion stehendem Unternehmen gemacht. Die Gemeinde ist nicht dazu da, ~~der~~ Wök, die nur dazu geschaffen wurde, um unser Gast gewerbe umzubringen, noch weitere Geschäfte zukommen zu lassen. Nun verkauft das

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am

Wirtschaftsamt die Waren an die Gruppe III zu viel höheren Preisen, nur damit eine möglichst grosse Ziffer bei den Sachauslagen für die Wohlfahrts-
pflege herauskommt. Die Aufbringung der Mittel für die Fürsorge durch
die Armenlotterien ist eine antiquierte und längst zum Abbruch reife In-
stitution. Wenn Zweidrittel einer Lotterie für Ausgaben, wahrscheinlich
wieder Personalausgaben, verschleudert werden, muss eine solche Lotterie ge-
sperrt werden. Bei der Pflégelingsentschädigung sind einige Personen ständig
als Schreiber, Boten angestellt und bekommen unter dem Titel "Pflégelings-
entschädigung" für die ganztägige Arbeit 5 Schilling im Monat. In der Jugend-
fürsorge ist von einer Richtlinie, einem Grundsatz, auch einem sozia-
listischen Grundsatz nichts zu bemerken. Die ganze Wohnungspolitik der Ge-
meinde ist exzessiv jugendfeindlich. Man schützt durch die Mietengesetzgebung
lediglich die alten Leute. Es ist Ihnen gleichgültig, dass in grossen Woh-
nungen von Mittelstandshäusern heute niemand mehr als eine einzige alte
Person wohnt. Wir ^{errichten} unter diesen Umständen in ganz innloser Weise
Neubauten, obwohl Wohnräume in Hülle und Fülle da wären. Dazu werden noch
die städtischen Wohnungen nicht den Obdachlosen und den Wohnungsbe-
dürftigen gegeben, sondern nur denen, die einen Ersatz bieten, die eine
Wohnungseinrichtung mitbringen und so weiter. So erklärt sich die sonder-
bare Erscheinung, dass in Wien die Zahl der Wohnungslosen immer mehr
auf der einen Seite ^{zunimmt}, während eine grosse
Zahl von neuen Wohnungen gebaut wurde, auf
der anderen Seite die Bevölkerung abnimmt.

Notwendig ist eine vollständige Umstellung unserer Einstellung
zur Jugend-erziehung. Wir müssen trachten, unsere jungen Leute für
Berufe zu erzielen, in denen sie derzeit auf dem Boden unseres klein
gewordenen Deutschösterreich und später im Rahmen von Grossdeutschland
eine Aussicht auf Fortkommen haben. Aus diesem Grunde ist die Rückführung
eines bedeutenden Prozentsatzes der städt. Jugend zur ländlichen Betäti-
gung absolut notwendig. Wir stellen ferner die Forderung, dass in erster
Linie für unsere deutschösterreichische Jugend gesorgt wird und nicht für
Fremde. Bei der Behandlung der in Not geratenen Jugend muss als Grundsatz
aufgestellt werden, dass die Gemeinde verpflichtet ist, für jedes in einem
Ernährungsnotstand geratene Kind prinzipiell und absolut zu sorgen. Es sollt
auch mehr getrachtet werden, Kinder bei wohlhabenden Familien unterzu-
bringen, statt in roten Fürsorgeanstalten, wie z.B. in der Societas.
Während man die Lebensmittelausgaben für die Fürsorge fortwährend beschränkt
ist Geld vorhanden, um 3 Sozialistische Südenten heime in Gemeindeneubauten
unterzubringen. Wenn man die Beiträge, die unter dem Titel der Wohlfahrts-
pflege als Subvention für soz. dem. Erziehungsanstalten verausgabt werden,
für die Jugendfürsorge verwenden würde, würden nicht an allen Strassen-
ecken junge Menschen herumstehen, würden nicht tausende junge Leute singend
und bettelnd durch die Strassen Wiens ziehen. Die Beschränkung der Tuberkul
losenfürsorge ist gerade in dieser Zeit der Massenarbeitslosigkeit und des
Massenhungens der jungen Leute besonders gefährlich. Bezüglich der Heil-
und Pflegeanstalten ist zu bemängeln, dass sich in ihnen noch immer eine
sehr bedeutende Zahl polnischer Patienten auf Kosten der Wiener Bevölkerung
pflegen lässt. Bei der Förderung von Sport und Körperkultur ist, abgesehen
von der Verminderung des dafür ausgeworfenen Betrages, zu kritisieren,
dass kein Angehöriger unserer Parteirichtung bisher in den Sportbeirat
einberufen wurde. Was die Gesundheitsfürsorge in den Schulen betrifft,
so muss festgestellt werden, dass die Schulzahnarztstellen und die Schul-
arztstellen fast ausschliesslich mit Juden besetzt sind.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

XI. Blatt

FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am

Bezüglich der Verleihung von Stipendien stellt der Redner an den Referenten die Anffage, ob es richtig sei, dass nur die Hörer der ersten anatomischen Lehrkanzel, deren Vorstand der Referent ist, mit Stipendien bedacht worden, während die Hörer an der zweiten anatomischen Lehrkanzel leer ausgehen. Der Redner wendet sich dann der Frage der Notstandsanleihe oder des Verkaufes oder der Verpfändung von Gemeindevermögen zwecks Abhilfe des Notstandes zu. Er meint, dass eine Anleihe nur zu einem sehr hohen Zinsfuss zu bekommen wäre. Wir stehen einer Anleihe sehr skeptisch gegenüber, wenn aber die Gemeinde eine Anleihe aufgenommen hätte, wären sehr viele Milliarden, sehr viel politischer Pflanz und sehr viel optischer Trick der Wiener Bevölkerung erspart geblieben. Sie hätten auch der Jugend tausendmal mehr gedient, wenn Sie das offene Land um Wien erschlossen und die Jugend in Siedlungen statt in die Zinsburgen, die Sie gebaut haben, gewiesen hätten. Die Folge Ihrer Politik ist das stete Sinken der Bevölkerungszahl, ist der entsetzliche Geburtenrückgang. Eine gesunde Aufzucht der Jugend kann in den Riesenwohnbauten der Gemeinde niemals erreicht werden. Der Redner beschäftigt sich schliesslich mit der Frage der Vermittlung des Eigentums an Wohnungen und bemerkt zum Schluss, dass seine Partei auch das Kapitel Wohlfahrtswesen ablehne. (Beifall bei den Nat. soz.)

GRtin.Dr.Motzko bemerkt, die offene Fürsorge der Gemeinde erschöpfe sich in einer Abweisungspolitik. Man hat, um diese Abweisungspolitik zu begründen den Begriff des Familieneinkommens ^{zu} schaffen und zählt diesem Einkommen auch das Einkommen von Menschen zu, für die eine gesetzliche Unterhaltungspflicht nicht besteht. In einem Fall wurde sogar das Einkommen der Schwägerin des Kindesvaters und deren Lebensgefährten zugerechnet. Es geht nicht an, dass die Gemeinde ganz eigenmächtig das Gesetz bückt, wie sie es braucht. Auf das Entschiedenste muss man sich dagegen verwahren, dass parteipolitische Propaganda mit der Fürsorgetätigkeit verquickt wird. Da hat ein Fürsorgerat Mitteregger in der Neulerchenfelderstrasse aller Fürsorgeparteien besucht und auf sozialdemokratischen Stimmzetteln seine Visitenkarte hinterlassen (Lebh. Hörtrufe bei den Soz.) Oder wie werden die Sachbeihilfen gegeben. Da wurde einer Frau von der Magistrats-Abteilung 8 eine Bestätigung über 10 S gegeben, sie wurde zu einer bestimmten Zeit in die Judengasse 5 vor das Geschäft Goldberger bestellt, ein Magistratsbeamter der sie dort erwartet hat, ist mit ihr in das Geschäft gegangen, die Frau durfte sich dort ein Paar Schuhe kaufen, die Frau Goldberger bekam die 10 S und in der Magistrats-Abteilung wurde dann festgestellt, dass die Schuhe höchstens 3 bis 4 Schilling wert sind.

In den allerletzten Tagen haben mir Fürsorgeparteien wiederholt erzählt, dass ihre Bitte um fallweise Aushilfen unter Berufung auf die Winterhilfe abgewiesen wurde. Die Winterhilfe soll ein Plus sein und darf in keiner Weise missbraucht werden, um die Fürsorge der Gemeinde einzuschränken. (Zustimmung bei den chr. soz.)

Ein besonderes Kapitel ist die Aufnahme in die geschlossene Altersfürsorge. Der Vorgang, wie solche Ansuchen behandelt werden, kommt einer vollständigen Aufnahmssperre gleich. Dabei werden die Leute noch mit Hohn und Spott bedacht. In den Versorgungsheimen, besonders im Versorgungsheim Baumgarten hungern die Leute. Wenn es Fleisch gibt, dann nur 3 dkg. Die Kost ist ohne Substanzen gekocht und daher nicht nahrhaft. In ihren Versorgungsheimen gibt es keine wirkliche Fürsorge und keine wirkliche Pflege für die alten Leute, sondern nur Respektlosigkeit und Herzlosigkeit. Wenn sich die Leute beklagen, werden sie nach Steinhof verschickt oder strafweise in das oberste Stockwerk versetzt. Eine 74jährige Frau hat sich wegen einer solchen Bestrafung vom 4. Stockwerk heruntergestürzt. In den letzten 2 Jahren hat es in Baumgarten 5 Selbstmorde gegeben. Auch in anderen Anstalten kommen solche Terrorakte vor. Wir warnen Sie, auf diesem Wege Ihrer Fürsorgepolitik weiterzugehen (Lebh. Beifall b. d. Chr.)

Nächste Sitzung Dienstag, 20. Dez., 16 Uhr.

Schluss der Sitzung 22 Uhr 05.

Bogenabfertigung 22 Uhr 08.